

**8. Landesparteitag der PDS Thüringen
2. Tagung, Bad Langensalza, 23. 04. 2005**

Beschluss

Kommunalpolitische Schwerpunkte für die Jahre 2005 und 2006

(beschlossen mit visueller Mehrheit, 1 Gegenstimme, 4 Enthaltungen)

Krise der kommunalen Selbstverwaltung

Das hohe verfassungsrechtliche Gut der kommunalen Selbstverwaltung ist in seiner Existenz noch nie so stark gefährdet worden wie derzeit. Bei immer geringer werdenden materiellen, rechtlichen und politischen Ermessens- und Gestaltungsspielräumen werden den Kommunen gleichzeitig immer mehr zu bewältigende Aufgaben aufgebürdet.

Die PDS wird eigene politische Konzepte als Alternativen zur bisherigen Haushaltspolitik des Landes unterbreiten und gleichzeitig die Landtagsfraktion unterstützen, verfassungsrechtliche Schritte gegen die überproportionale finanzielle Belastung der Kommunen einzuleiten.

Kommunen stärken Gesellschaft gestalten

Das gesellschaftliche Bedürfnis nach Partizipation und Selbstentscheidung bei kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen hat ebenso zugenommen wie die Anforderungen an bürgernahe Verwaltungsdienstleistungen. Die PDS Thüringen tritt dafür ein, dass Kommunalpolitik im engen Miteinander von Politik, Gesellschaft und Verwaltung gestaltet, sowie durch die Menschen selbst realisiert werden muss. Direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz der repräsentativen Demokratie müssen eng gekoppelt und weiterentwickelt werden.

Die PDS bringt sich aktiv in die Initiativen von „Mehr Demokratie“ zur Vereinfachung der Verfahren für kommunale Bürgeranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ein.

Für offene und tolerante Kommunen

Den aus der Angst vor dem Fremden, aus unbegründeten Vorurteilen herrührenden und in den letzten Jahren verhältnismäßig angestiegenen fremdenfeindlichen Einstellungen auch in der Thüringer Bevölkerung und der aktuell zunehmenden Zustimmung zu rechtsextremen Tendenzen, will die PDS vor Ort in den Kommunen begegnen.

Die PDS Thüringen wird Bürgerinnen und Bürger informieren, den gesellschaftlichen Diskurs anregen und befördern, Menschen in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement bestärken und unterstützen.

In der Stärkung einer demokratischen, toleranten und pluralen Alltagskultur vor Ort sieht die PDS eine der Grundvoraussetzungen für ein friedliches Miteinander und eine offene Gesellschaft.

Kommunale Daseinsvorsorge erhalten

Die PDS setzt sich für die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge in hoher Qualität auch unter den neuen Entwicklungsbedingungen ein. Unser Grundsatz lautet dabei, dass sich die kommunale Daseinsvorsorge zur Sicherung der Lebensqualität an den Bedürfnissen der sozial Schwachen ausrichtet.

Der PDS-Landesvorstand wird beauftragt, den Diskussionsprozess zu den kommunalpolitischen Leitlinien der Bundespartei konstruktiv zu begleiten und die Ergebnisse des Bundesparteitages (05./06. November 2005 in Halle) in die Fortschreibung zu den kommunalpolitischen Leitlinien des Landesverbandes einzuarbeiten.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein) wird als Gefahr für den Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge angesehen und durch die PDS abgelehnt.

Kommunale Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die Kommunen sind die tragende Säule der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Vor Ort bestehen die größten Möglichkeiten, die aktuellen Probleme und die zukünftigen Herausforderungen zu meistern. Der kommunale Handlungsspielraum zur aktiven Arbeitsmarktpolitik ist zu erweitern. Die gesellschaftliche Integration der sozial Schwachen ist für die PDS Grundanliegen einer demokratischen und von unten aufbauenden Gesellschaft.

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten sind die Beiräte zur Begleitung der Hartz IV Reformen zur Pflicht zu machen, deren Beteiligungsmöglichkeiten sind auszubauen.

Die Kommunen sind in die Lage zu versetzen, aktive regionale Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können. Regionale Entwicklungskreisläufe sind zu befördern.

Sozial verträgliche Kommunalabgaben

Die Novellierung des Kommunalabgabenrechtes ist der erste Schritt auf dem Wege zu sozialverträglichen und bürgerfreundlichen Kommunalabgaben. Weitere Gesetzesänderungen zur Erhöhung der Transparenz und der Bürgerbeteiligung sind aus Sicht der PDS unerlässlich. Die Zukunftsfähigkeit von Kommunalabgaben in Thüringen ist grundsätzlich zu hinterfragen. Seit Monaten kündigt die CDU-Landesregierung ein eigenes Konzept zur Neustrukturierung der Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung an.

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Initiativen der Landesregierung weiterhin kritisch zu begleiten. Das Konzept TAKT (Trinkwasser-Abwasser-Konzept-Thüringen) ist als ein Diskussionsangebot in die Arbeit des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion einzubeziehen und als eine mögliche Alternative zu den Vorhaben der Landesregierung in die parlamentarische Debatte einzubringen.

Die Zusammenarbeit der PDS mit den Bürgerinitiativen und dem kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. ist fortzuführen und weiter auszugestalten.